

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 03.09.2013
Sitzung Nummer:	38 (OULA/38/2013)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:44 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Eduard Stapel
Vorsitzender

Sieglinde Bartels
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Eduard Stapel

Mitglieder

Herr Wolfgang März
Herr Chris Schulenburg
Herr Udo Seidel

Stellvertreter

Herr Uwe Klemm
Frau Christine Paschke

Teilnahme für Herrn Uwe Classe
Als Vertretung für Herrn Klaus-Peter Noeske

sachkundige Einwohner

Herr Friedrich Jahns
Herr Dr. Peter Neuhäuser

Protokollführer

Frau Sieglinde Bartels

von der Verwaltung

Herr Rainer Diebel
Herr Stefan Feder
Herr Dr. Denis Gruber
Frau Claudia Lange
Herr Sebastian Stoll
Frau Karin Zadow

Teilnehmer

Frau Madlen Gose

Geschäftsführerin ALS Dienstleistungsgesellschaft
mbH

Abwesend:

Mitglieder

Herr Klaus-Peter Noeske
Herr Waldemar Schreiber

beratende Mitglieder

Herr Arnold Bausemer

sachkundige Einwohner

Herr Jürgen Bastek
Herr Torsten Mehlkopf
Herr Marcus Schober
Herr Manfred Schulz

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 37. Sitzung vom 09.07.2013
 - 4 Elbe-Hochwasser aus der Umwelt-Perspektive
 - 5 Aktuelle Veränderungen im Jagdrecht und der Fischereiprüfung
 - 6 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, **Herr Eduard Stapel**, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 38. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz. Herr Stapel begrüßt die Mitglieder und sachkundigen Einwohner, die Geschäftsführerin der ALS Dienstleistungsgesellschaft mbH, Frau Madlen Gose, die Vertreter der Presse und die Damen und Herren von der Verwaltung.

Der Vorsitzende, **Herr Eduard Stapel**, erinnert an das verstorbene Ausschussmitglied, Herrn Uwe Classe und bittet die Anwesenden, sich für eine Schweigeminute zu erheben.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Der Vorsitzende, **Herr Eduard Stapel**, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die fehlenden Ausschussmitglieder fest. Herr Klemm ist anwesend für Herrn Classe.
Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Der Vorsitzende bitte um Abstimmung über die Tagesordnung. Es gibt keine Änderungen.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 37. Sitzung vom 09.07.2013

Der Vorsitzende, **Herr Eduard Stapel**, stellt die Niederschrift der 37. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz vom 09.07.2013 fest

zu TOP 4 Elbe-Hochwasser aus der Umwelt-Perspektive

Herr Stapel bittet Herrn Dr. Gruber um seine Ausführungen.

Herr Dr. Gruber begrüßt noch einmal die Anwesenden und stellt die Sachgebietsleiter des Umweltamtes, Herrn Stefan Feder, untere Wasserbehörde, Herrn Rainer Diebel, untere Naturschutzbehörde, Frau Zädow, untere Abfallbehörde, vor. Weiterhin begrüßt er Frau Madlen Gose, Geschäftsführerin, ALS Dienstleistungsgesellschaft mbH und Frau Lange, Sachgebietsleiterin im Ordnungsamt des Landkreises Stendal. Vor den Ausführungen der Sachgebietsleiter zu den Hochwasserschäden aus Sicht des Umweltamtes gibt Herr Dr. Gruber Informationen zum aktuellen Arbeitsstand hier im Landratsamt. Ausführungen zur Abfallentsorgung in den Überschwemmungsgebieten gibt Frau Madlen Gose.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage Top 4 beigelegt.

Herr Stapel bedankt sich für die Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

Fragen an die untere Wasserbehörde:

Herr Stapel: Warum wurden die versiegelten Flächen nicht berücksichtigt?

Herr Feder: Sicher ist die Versiegelung ein Punkt. Wir sprechen hier aber von Einzugsgebiet in der Tschechischen Republik. Ausschlaggebend waren die Niederschlagsereignisse.

Herr Dr. Neuhäuser: Eine Frage zu den Pegelständen. Hatte der Landkreis verlässlichere Informationen zu den Pegelständen? Als Beispiel hier Magdeburg. Hier wurde sich auf Pegelstandvorhersagen verlassen, die dann deutlich überschritten wurden.

Herr Feder: Die Daten aus der Tschechischen Republik waren sehr sprunghaft. Das sind die Ausgangsdaten. Mit diesen Daten wird dann in Sachsen und Sachsen-Anhalt weiter gearbeitet. Eine exakte Berechnung war so nicht möglich. Durch diese riesigen Wassermassen war auch die Rekalibrierung des Systems schwierig. Für die Havelpolderflutung ist das System bis 8 m Wittenberge rekalibriert. Ein höherer Wert wurde nie angesetzt. Jetzt wissen wir, dass auch höhere Werte zustande kommen.

Herr Dr. Neuhäuser: Gewisse Erfahrungen gab es aber schon. Im Jahr 2006 gab es am Pegel Tangermünde 7,14 m und 7,24 m im Jahr 2011.

Herr Feder: Wie bereits ausgeführt gab es Schwierigkeiten bei den Ausgangswerten. Das Wasser breitet sich auch dahin aus, wo noch nie Wasser stand. Das Geländemodell passt dann einfach nicht. Die Wasserstraße hatte noch höhere Werte für Tangermünde ausgegeben. Dass LHW hat diese noch heruntergerechnet.

Herr Klemm: Das ist ein riesen Rechenmodell. Es war nicht einfach die Zuflüsse der Saale ganz genau zu kalkulieren und in dieses Modell einzufügen. Dadurch kamen diese extremen Schwankungen zustande. Es war ein ganz anderes Hochwasser als im Jahr 2002 und 2006.

Herr Dr. Neuhäuser: Hätte nicht der Krisenstab des Landes strategisch auf 8 m orientieren können? Es geht ja auch vor allem darum, aus diesem Hochwasser zu lernen.

Herr Seidel: Über das Internet gab es verschiedene Pegelstände. Die Informationen des Landkreises waren sehr schlecht.

Herr Dr. Gruber: Danke für diesen Hinweis. Der Landkreis hatte die gleichen Informationen wie in Barby, Schönebeck oder Hamburg. Die Experten des LHW waren durchgängig hier im Haus. Man verlässt sich auf diese Prognosen. Und diesen Prognosen kamen täglich 13 Uhr.

Herr Feder: Bei ELWIS kommen ständig neue Werte. Das LHW gibt aber nur Früh und Mittag die Pegelstände bekannt.

Herr Dr. Gruber: Vielleicht könnte man über einen Link auf der Homepage des Landkreises darauf hinweisen, dass hier keine Pegelstände gemessen werden können und dann auf die entsprechenden Seiten verweist.

Herr Dr. Neuhäuser: Es geht hier um das Krisenmanagement. Jeder ist auf diese Pegelstände angewiesen.

Fragen an die untere Abfallbehörde/ALS Dienstleistungsgesellschaft mbH.:

Herr Stapel: Warum kann der Sand aus den Sandsäcken nicht weiter verwendet werden, zum Beispiel für den Straßenbau.

Frau Gose: Es wurde lange überlegt, wie mit dem Sand weiter verfahren wird. Kann er kostenfrei an Haushalte oder auch Gewerbebetriebe abgegeben werden. Wenn man diesen Sand aber sieht, sieht man auch, dass es nicht nur Kies und Sand ist, sondern hauptsächlich Boden. Es wurde geprüft und mit der oberen Behörde abgeklärt, dass der angefallene Sand für die Rekultivierung der Deponie in Stendal verwendet werden kann. Es fallen keine weiteren Transportkosten an. Es ist also eine Alternative.

Herr Stapel: Der Sand ist doch aber genauso kontaminiert wie die überfluteten Flächen. Warum kann dieser Sand also nicht weiter verwendet werden?

Frau Zäadow: Eine Kontaminierung konnte so gut wie nicht festgestellt werden. Es gab nur minimale Einschlüsse, die aber lokal begrenzt waren. Dieser Sand wurde einer Sonderentsorgung zugeführt. Der Sand, der mit Elb- oder Regenwasser in Berührung kam war keiner Kontaminierung ausgesetzt. Dieser Sand und auch genommene Bodenproben wurden beprobt. Die Kommunen haben den Inhalt der Sandsäcke oftmals an Bürger weitergegeben. Es war hier Sand, den man als solchen erkennen konnte. Der Sand, der auf die Deponie gebracht wurde, ist als solcher nicht zu erkennen. Sandsäcke wurden mit allen Materialien gefüllt, die zur Verfügung standen. Es wurde der Entsorgungsweg, den Frau Gose aufgezeigt hat, mit Zustimmung des Landesverwaltungsamtes als obere Aufsichtsbehörde für die Deponierekultivierung genommen. So werden auch Aufwendungen für die Ausgleichsschicht eingespart.

Die vorliegenden Beprobungswerte, sowohl nach Lager- wie auch nach Bodenschutz, liegen weit unter den Vorgewerten.

Fragen an die untere Naturschutzbehörde:

Herr Dr. Neuhäuser: Gab es im Landkreis Stendal Probleme mit Bibern, die versucht haben, sich in Deiche einzugraben? Im Jerichower Land wurden wieder Biber geschossen.

Herr Diebel: Es ist bedauerlich, dass so etwas passiert. Das Landesverwaltungsamt trat während des Hochwassers mit der Frage an uns heran, ob es dieses Problem auch im Landkreis Stendal gibt. Im Landkreis Stendal war dies nicht der Fall. Es gab keine Schäden.

Im Winterhochwasser hatte der Biber keine Ausweichmöglichkeit. Im Sommer hat er die Möglichkeit in die Randgebiete zu wechseln. Tote Biber wurden allerdings gefunden.

Herr Klemm: Wenn man an der Elbe die direkten Überflutungsgebiete sieht, glaubt man kaum dass wir Hochwasser hatten. Alle Flächen außerhalb dieses Bereiches sind definitiv tot! Außer Unkraut wird auf diesen Flächen die nächsten 1 bis 2 Jahr nichts wachsen. Am Kümmernitzer Polder zum Beispiel steht nur Unkraut. Es muss so schnell wie möglich gesät werden.

Herr Stapel: Gibt es Erfahrungswerte zum Beispiel aus dem Jahr 2002?

Herr Klemm: Diese Bereiche waren nicht überflutet.

Herr Dr. Neuhäuser: Im Rückstaubereich ist der Boden braun. Es muss komplett eingesät werden. Die Rückstaubereiche, zum Beispiel bei Kabelitz, sind komplett tot. Die Arten sind daran nicht angepasst.

Mit dem Landesverwaltungsamt wurde über die Bereitstellung von Reservegeldern aus der alten EU-Förderperiode für die Neubegründung zum Beispiel dieser FFH-Lebensraumtypen Stromtalwiesen 6440 gesprochen. Da kostet der ha ca. 4.000 € Landesseitig wurde das aber nicht bedacht. 4.000 €/ha – das kann kein Landwirt und auch nicht der NABU. Im Rückstaubereich wird es einen massiven Verlust an FFH-Lebensraumtypen geben. Es wird lange dauern bis sich die Artenvielfalt wieder entwickelt hat.

Herr Stapel: Diese Informationen sind sicherlich nur der Auftakt zu diesem Thema. Die Frage an die Anwesenden wie weiter verfahren werden soll. Soll aktuell durch die Verwaltung berichtet werden oder soll dieser Punkt ständig Thema sein.

Herr Klemm: Bis zum 30.06.2014 müssen die Schäden aufgenommen sein. Es sollte vor und nach diesem Termin noch einmal zum Thema Hochwasser hier im Fachausschuss gesprochen werden. Informationen über die Schadenshöhe und die Schadensregulierung sind dann wichtig. Die Folgen des Hochwassers und deren Beseitigung werden uns noch die nächsten Jahre begleiten.

Herr Seidel: Die Schadensbilanz ist die eine Seite. Von Interesse ist auch, welche Lehren ziehen die Fachorgane aus dem Hochwasser. Als Politiker haben wir die Aufgabe zu drängeln. Die Fachorgane müssen Dinge liefern und wir müssen auf Termine drücken. Die Fachorgane müssen gleich aufgefordert werden, hier im Ausschuss eine Studie vorstellen, was alles geplant ist. Was hat die Verwaltung vor. Der nächste Termin sind dann die Projekte und die Realisierung. Im Gebiet Zehrengaben gab es zum Beispiel ein Projekt zur Deicherhöhung als Resultat aus dem Hochwasser 2002. Die Realisierung des Projektes wurde von Jahr zu Jahr verschoben. In Zukunft darf so etwas nicht mehr passieren. Es muss kontinuierlich berichtet werden.

Herr Stapel: So wichtig wie die Aufnahme der Schäden ist, können unter Umständen schon Entscheidungen getroffen werden die falsch sind. Zum Beispiel das die Versicherung nur dann auszahlt, wenn an der gleichen Stelle wieder gebaut wird. Das ist natürlich auch Sache der großen Politik.

Herr Dr. Gruber: Das ist so nicht richtig. Die betreffenden Bürger erhalten ihr Geld, egal wo sie hingehen wollen. Egal ob sie sich in Bayern oder Schleswig-Holstein eine Existenz aufbauen wollen.

Herr Klemm: Von den kleinen Deichrückverlegungen in der Größe von 6 ha bis 20 ha ist man schon abgerückt. Am Elbpegel bringt es nichts. Die Havelpolder bei Havelberg machen es möglich, den Pegel der Elbe zwischen 30 und 45 cm zu senken. Wenn man solche Anlage noch 2 Mal an der Elbe hätte, wären wir einen guten Meter Elbscheitel los.

Hier ist wieder das Problem die Flächen zu bekommen und nach einem Schadensereignis die Entschädigung der Landwirte. Es gibt zwar den Staatsvertrag, aber dazu ist nichts festgeschrieben. Die Landwirte brauchen Sicherheit. Die Landespolitik muss Gelder bereitstellen, der Landwirt muss entsprechend entschädigt werden. In den betroffenen Bundesländern ist der Entschädigungssatz auch unterschiedlich.

Herr März: Das liegt an den unterschiedlichen Länderinteressen. In Sachsen-Anhalt wird auf einer anderen Grundlage entschädigt als in Brandenburg. Die Entschädigungssumme/ha ist aber annähernd gleich.

Herr Stapel: Es muss darum gehen, dass aus diesem Hochwasser die entsprechenden Lehren gezogen werden, und dass die Realisierung entsprechender Schutzmaßnahmen nicht wieder von Jahr zu Jahr verschoben wird.

Herr März: Wir, als die Betroffenen, müssen das der großen Politik mit auf den Weg geben.

Herr Stapel: Vorschläge sind jederzeit willkommen.

Herr Dr. Gruber bedankt sich noch einmal für die Zuarbeit der zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung.

Herr Stapel bedankt sich für die Diskussion und schließt den TOP 4 ab.

Die Präsentation zum Thema wird als Anlage an die Niederschrift beigelegt. Herr März fragt an, ob diese Präsentation nicht als Email verschickt werden kann. Die Anwesenden einigen sich darauf, dass die anwesenden Mitglieder des Ausschusses die Präsentation zugeschickt bekommen. Ansonsten wird es als Anlage TOP 4 in Papierform verschickt.

zu TOP 5 Aktuelle Veränderungen im Jagdrecht und der Fischereiprüfung

Herr Stapel begrüßt Frau Lange, Sachgebietsleiterin im Ordnungsamt des Landkreises Stendal, und erteilt ihr das Wort.

Frau Lange: Thema ist ja „Aktuelle Veränderungen im Jagdrecht und der Fischereiprüfung“
Der Vortrag nimmt aber auch Bezug auf das Hochwasser und deren Folgen für die Jagd und die Fischerei. Im Vergleich zu anderen Landkreisen ist der Landkreis Stendal bei der Jagd am stärksten durch das Hochwasser und dessen Folgen betroffen.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage TOP 5 beigelegt.

Herr Stapel bedankt sich bei Frau Lange und eröffnet die Diskussion.

Herr März: Eine Frage zur Jagd. Seit 15.09.2013 gilt Das „Ethikprinzip“ bei der Durchführung der Jagd. Heißt also, Flächen können aus der Jagd herausgenommen werden, wenn Eigentümer die Jagd nicht wünschen. Wie soll das gehen?

Frau Lange: Das hängt zusammen mit dem EU-Gerichtsurteil. Diese Rechtsprechung – dieses Urteil – muss erst umgesetzt werden in Landesrecht. Das gibt es noch nicht.

Herr März: Es muss also im Moment noch nicht darauf reagiert werden.

Frau Lange: Wie gesagt, es muss erst in Landesrecht umgesetzt werden.

Herr Seidel: Gibt es da Kandidaten?

Frau Lange: Im Ordnungsamt liegen schon einige Anträge vor.

Herr Dr. Neuhäuser: Kann die Höhe des Bestandsverlustes bei Rehwild eingeschätzt werden? Gibt es da zuverlässige Zahlen?

Frau Lange: Zuverlässige Zahlen liegen nicht vor. Nur Schätzwerte.

Herr Klemm: Das muss sehr differenziert betrachtet werden. Wild hatte in Bereichen in der Nähe des Truppenübungsplatzes die Möglichkeit in höheres Gelände zu wechseln. Man muss auch abwarten, dass das Wild wieder in das Gebiet wechselt, wenn es Nahrung findet.

Frau Lange: Auf den Flächen steht sehr viel weniger Wild.

Herr Stapel: Ein Punkt der Präsentation war, dass die Schadstoffmenge in den Gewässern knapp unter der Grenze liegt.

Frau Lange: Das ist richtig.

Herr Stapel: Also, unter der Grenze aber noch bemerkbar.

Frau Lange: Dazu sollte die untere Wasserbehörde Stellung nehmen.

Herr Stapel bedankt sich für die Diskussion und schließt damit Punkt 5 der Tagesordnung ab.

zu TOP 6 Anfragen und Hinweise

Herr Stapel fragt an, ob es Anfragen oder Hinweise gibt.

Herr März: Ein Hinweis: Während des Hochwassers wurde bei Personen, Landwirten und Firmen angefragt, ob sie bereit wären, Technik zur Verfügung zu stellen. Das betrifft hier in diesem speziellen Fall den eigenen Betrieb und Betriebe in Windberge und Schönwalde. Die Bereitschaft lag vor, Technik bei Bedarf bereitzustellen. Vom Kat-Stab kam der Anruf, ob Traktoren mit Anhänger bereitgestellt werden können um Sandsäcke in Werben zu transportieren. Es hapert jetzt an der Bezahlung der Rechnung. Es heißt jetzt, dass ein Stempel der Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck fehlt. Unter diesen Bedingungen muss man sich nicht wundern, wenn diese Betriebe in Zukunft nicht bereit sind sich einzubringen. Es ist nicht nachvollziehbar das Niemand im Kat-Stab mehr davon weiß.

Wer angerufen hat ist nicht mehr nachvollziehbar.

Herr Dr. Gruber: Der Fall ist bekannt. Aus diesem Haus kam der Anruf nicht. Das war der Kat-Stab in Werben. Wir brauchen den Stempel der Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck weil das aus diesem Gebiet angeordnet wurde.

Herr März: Diese Auskunft ist neu.

Herr Dr. Gruber: Der Kat-Stab in Werben ist verpflichtet, über den Kat-Stab in Stendal alle Aktionen anzu-melden. Wenn diese Aktion nicht genehmigt war, muss geklärt werden, wie weiter verfahren wird.

Herr Stoll: Wenn die Leistung erbracht wurde, wird die Rechnung auch bezahlt. Hier ist es aber wichtig, dass von einer zuständigen Stelle sachlich richtig gezeichnet wird. Hier in diesem Fall ist es Werben. Der Landkreis ist dem Fördermittelgeber gegenüber verpflichtet – einige Unterschriften müssen einfach sein.

Herr Stapel: Gibt es schon Betrugsversuche?

Herr Stoll: Ja!

Herr Dr. Neuhäuser: Aus „Ostelbien“ hörte man jetzt deutlich den Vorwurf, dass sie aufgegeben wurden. Am 06.06. haben die Landwirte massiv darum gebeten, zu helfen. Es war abzusehen, dass es in Fischbeck kritisch wird. Das ist aber abgelehnt worden. Lag das in der Zuständigkeit des Landkreises, des LHW oder des Innenministeriums? Schuldzuweisungen wie zum Beispiel in Groß Rosenburg gibt es bis jetzt noch nicht.

Herr Stoll: Am 05.06. wurde die Katastrophe im Landkreis Stendal ausgerufen. Am 06.06. haben wir im Land-kreis Stendal keine Schadstelle so massiv im Auge gehabt, dass ein Verbau hätte stattfinden müssen. Dieses Angebot ist nicht bekannt. Wenn da ein Problem gesehen worden wäre, wäre dieses Angebot nicht abgelehnt worden.

Herr Klemm: Mit diesen Gerüchten und Äußerungen muss man sehr vorsichtig sein. Es gibt viel Gerede und Schuldzuweisungen.

Herr Stapel bedankt sich bei den Anwesenden für die Anfragen und Hinweise.

Da es im nicht öffentlichen Teil keine Anfragen und Hinweise gibt, beendet der Vorsitzende, Herr Eduard Sta-pel, die des Fachausschusses um 18:44 Uhr.